

**Stoppt den Sozialkahlschlag!  
Weg mit dem "Sparpaket" der Bundesregierung!  
Gegen die Abwälzung der Krisenlasten!  
Die Verursacher sollen zahlen für IHRE**

**KRISE!**



## **Aufruf zur Protest-Kundgebung**

**10. Juli 2010, 11:00 Uhr**

**Aschaffenburg**

**Herstallstraße/Ecke Steingasse**

Wir fordern:

- **Höhere Belegung der Banken, Konzerne und Spekulanten mit Steuern bzw. Abgaben**
- **Massensteuer runter – Gewinn- und Vermögenssteuern rauf!**
- **Gesetzlicher Mindestlohn von 10 €/Stunde**
- **Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich**
- **Anhebung des Hartz IV-Eckregelsatzes auf mindestens 500 Euro**
- **Rente mit 60 ohne Abschläge**

Diesen Aufruf unterstützen: Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen i. d. evang.-luth. Kirche in Bayern (afa) Aschaffenburg, ATTAC Aschaffenburg-Miltenberg, Erwerbsloseninitiative Aschaffenburg, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Aschaffenburg-Miltenberg), Kath. Betriebsseelsorger, Kommunale Initiative (KI), Aschaffener Montagsdemo, MLPD Aschaffenburg, verdi-Erwerbslosenausschuss

Zur Kundgebung rufen weiterhin auf:

Aschaffener Initiative für ein alternatives Kulturzentrum (Abakuz), Bündnis gegen Rechts Aschaffenburg, FAU Aschaffenburg

V.i.S.d.P.: Johannes Büttner, Bergstr. 6, 63743, Aschaffenburg , [johannes.buettner@kommunale-initiative.de](mailto:johannes.buettner@kommunale-initiative.de)

**Stoppt den Sozialkahlschlag!  
Weg mit dem „Sparpaket“ der Bundesregierung!  
Gegen die Abwälzung der Krisenlasten!**

## **Die Verursacher sollen zahlen!**

Zu unseren Forderungen:

### **Höhere Belegung der Banken, Konzerne und Spekulanten mit Steuern bzw. Abgaben**

Die Krisenprofiteure und Verursacher des staatlichen Schuldenbergs in Höhe Hunderter von Milliarden müssen zur Kasse gebeten werden. Keine kostenlose staatliche Vollkaskoversicherung für private Bankgeschäfte! Schuldenstreichung statt Verarmung!

### **Massensteuer runter – Gewinn- und Vermögenssteuer rauf!**

Während die Belastung der Bruttolöhne und Gehälter in den letzten 30 Jahren um über 10 Prozent gestiegen ist, hat sich die Steuerbelastung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen nahezu halbiert. Die Mehrwertsteuer schlägt voll auf den täglichen Verbrauch der Werktätigen, Erwerbslosen und Rentnerhaushalte durch. Sie muss dringend vermindert werden, damit die Kaufkraft wieder steigt. Private Gewinne und hohe Vermögen müssen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden: Besteuerung aller Vermögen über 1 Mio. Euro mit 5 Prozent! Anhebung von Körperschaftsteuer und Spitzensteuersatz (Einkommenssteuer) zurück auf 56 Prozent!

### **Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro/Stunde**

Er muss als Existenzminimum von Erwerbstätigen lohnsteuerfrei bleiben, um deutlich über Hartz IV mit einem Eckregelsatz von 500 Euro zu liegen.

### **Anhebung des Hartz IV-Eckregelsatzes auf mindestens 500 Euro**

3,94 Euro pro Tag für Essen und Trinken und 0,49 Euro pro Tag für öffentliche Verkehrsmittel reichen nicht! Die Regierung musste in der Frage des Kinderregelsatzes schon nachgeben. Erhöhen wir den Druck auf das Hartz IV-Regime!

### **Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich**

Damit werden Entlassungen reduziert. Es ist überfällig, weil sich die gestiegene Produktivität seit 20 Jahren nicht mehr in Arbeitszeitverkürzung oder Lohnerhöhungen niedergeschlagen hat.

### **Rente mit 60 ohne Abschläge**

Das führt nicht nur dazu, dass mehr Menschen ihre Rente in Zeiten gesteigerter Arbeits- und Lebensspanne auch gesund erleben können. In der aktuellen Finanz- und tiefen Wirtschaftskrise muss der Kampf um Wochen- und Lebensarbeitszeitverkürzung wieder an oberste Stelle der gewerkschaftlichen Agenda gesetzt werden. Einerseits, um die weiterhin zu erwartende Flut von Entlassungen einzudämmen, andererseits um die Abwälzung der Krisenkosten auf die abhängig Beschäftigten abzumildern und auf längere Sicht um einen größeren Anteil der Wertschöpfung zu erringen. Die von Regierung und Arbeitgebern geplante Anhebung des Rentenalters bedeutet Kürzung der Rentenansprüche oder von anderer Seite betrachtet: Lohnraub.

### **Schluss mit der jahrzehntelangen Unterfinanzierung öffentlicher Bildung!**

Weg mit Turbo-Abitur, Bachelor/Master-Reformen und Studiengebühren: Leistungsdruck und soziale Schräglage nehmen immer mehr zu. Gleichzeitig wird das öffentliche Bildungssystem immer stärker an Standort- bzw. Unternehmensinteressen ausgerichtet. Im Interesse der abhängig Beschäftigten und ihrer Kinder liegen aber: kostenloser und freier Zugang zu Bildungseinrichtungen, endlich „Eine Schule für alle“ ohne Auslesedruck und mit kleineren Klassen, echte Lehr- und Lernmittelfreiheit, kostenlose Plätze in Kindertagesstätten von Anfang an. Zur Finanzierung einer dergestalt besseren öffentlichen Bildung brauchen wir bundesweit jährlich mindestens 50 Milliarden zusätzlich. Investitionen in den öffentlichen Bildungsbereich können den Krisenfolgen entgegenwirken.

**Aufruf zur Protest-Kundgebung**